



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 28.09.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Fragestunde für Einwohnerinnen und
Einwohner**

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Kulturzentrum, Großer Saal. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Er führt aus, entsprechend dem vierteljährlichen Rhythmus finde heute unter Tagesordnungspunkt 1 die „Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner“ statt. Eine Aussprache des Gemeinderates erfolge nicht. Die Fragen werden, wenn möglich umgehend durch den Oberbürgermeister beantwortet, ansonsten im Nachgang.

Aus der Bürgerschaft erkundigen sich eine Bürgerin und ein Bürger von der „Bürgerinitiative Ludwigsburg Zero“ bis wann Ludwigsburg klimaneutral sein will. Gerne seien sie bereit, die Stadt beim Erreichen der Klimaneutralität zu unterstützen. OBM **Dr. Knecht** nimmt zur Frage Stellung und bedankt sich für das Angebot der Unterstützung. Er führt aus, seitens der Stadt sei noch kein konkretes Ziel formuliert. Derzeit seien noch mehrere Jahreszahlen in der Diskussion; auch im Zusammenhang mit der aktuell geführten Diskussion hinsichtlich des Stadtentwicklungskonzepts. Es solle - so seien sich Stadtverwaltung und Gemeinderat einig - nicht nur über Jahreszahlen diskutiert werden, sondern weitere konkrete Maßnahmen angegangen werden.

BMin **Schwarz** ergänzt, noch in diesem Jahr werde man mit dem Gemeinderat über die Festlegung des Jahresziels in Diskussion treten. Klar sei, dass man schnellstmöglich klimaneutral sein möchte. Fraglich sei die Finanzierung der Maßnahmen, die dahinterstehen. Ein Klima- und Energiebericht, auch über die bereits tatsächlich durchgeführten Maßnahmen, erfolge in der nächsten Sitzung des Bauausschusses.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, er wolle die Diskussion mit dem Gemeinderat nicht vorwegnehmen, aber eine Klimaneutralitätsziel 2030 halte er für unrealistisch. Abschließend weist er auf bisher bereits umgesetzten Maßnahmen von Stadtverwaltung, Stadtwerken und städtischer Wohnungsbau GmbH hin. Abschließend führt er aus, erstmalig werde es in diesem Jahr eine Zusammenstellung der klimarelevante Ausgaben im Haushaltsplan 2023 in Form einer Informationsvorlage geben.

Abweichender Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die von Stadtverwaltung, Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim, Eigenbetrieb Tourismus & Events und Wohnungsbau Ludwigsburg vorgestellten Energieeinsparmaßnahmen unter I. und IV. zur Kenntnis.

*Der Gemeinderat ~~und~~ unterstützt den unter II. aufgeführten Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim *das Heilbad Hoheneck vorübergehend zu schließen, sowie den Betrieb der Kunsteisbahn analog zum Sommerbetrieb mit sogenannten Glice-Platten.**

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über den Satz 2 des Beschlusses wird mit 24 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss über den Satz 1 des Beschlusses wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Wirtschaftsausschuss am 20.09.2022 und die dort einstimmig gefasste abweichende Beschlussempfehlung. Er führt in das Thema ein und teilt mit, der Tagesordnungspunkt beruhe zum einen auf einer Beschlussfassung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB) und zum anderen auf einem Maßnahmenfahrplan, der innerhalb der Stadtverwaltung abgestimmt wurde. Der Beschlussvorschlag sei eine Kenntnisnahme und eine Unterstützung dieser Maßnahmen. Als Zeichen der Solidarität bittet er darum, den Beschluss des Aufsichtsrats zu unterstützen und dem Beschlussvorschlag des Wirtschaftsausschusses zu folgen. Er eröffnet die Aussprache.

Das Heilbad sei der größte Energiefresser führt Stadträtin **Dr. Knoß** aus, die Entscheidung das Bad zu schließen sei eigentlich unumgänglich. Zudem hätten die Besucherinnen und Besucher des Heilbads die Möglichkeit, ins Stadionbad zu gehen. Ein anderes Bad zu schließen, komme für sie

nicht in Frage, denn außer im Heilbad würden überall Kinder schwimmen lernen. Ein teilweises Ausschalten von Ampelanlage dürfe keine Auswirkung auf die Sicherheit des Verkehrs haben. Die Gasmangellage zeige, dass man - wo es möglich sei - überall auf erneuerbare Energien umstellen müsse.

Seine Fraktion sei unterschiedlicher Meinung, teilt Stadtrat **Herrmann** mit. Mehrheitliche werde man zustimmen. Jeder wolle, dass so viel Gas wie möglich eingespart werde, allerdings nicht bei sich selbst. Dem Vorwurf, dass die Entscheidung das Heilbad zu schließen auf dem Rücken der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgetragen wird, hält er entgegen, dass die Coronakrise seit über zwei Jahren zum Schutz der Alten auf dem Rücken der Jungen ausgetragen worden sei. Außerdem gebe es in Ludwigsburg noch offene Bäder für alle Generationen. Wegfallende Angebote im Heilbad sollen, so weit möglich, in den anderen Bädern angeboten werden. Er fordert, dass die zeitweise Schließung des Heilbads nicht zu einem dauerhaften Aus für das Bad führen dürfe. Das Heilbad müsse in den kommenden sechs Monaten dementsprechend in Schuss gehalten werden. Es dürfe keine dauernde Schließung durch die Hintertür geben. Ein Neubau des Bads sei in weite Ferne gerückt. Man solle so viel wie möglich Energie einsparen, dürfe aber nicht vergessen, dass Ludwigsburg bereits viel zur Energieeinsparung beigetragen habe. Er dankt für die Ausarbeitung des Maßnahmenkatalogs. Der Antrag seiner Fraktion mit der Vorlagenummer 250/22 habe sich mit der Vorlage Nr. 292/22 erledigt.

Stadtrat **Weiss** schließt sich seinem Vorredner an. Man habe sich die Entscheidung, das Heilbad zu schließen, nicht leicht gemacht. Sollte früher wieder ausreichend Gas zur Verfügung stehen, solle das Heilbad auch wieder früher geöffnet werden. Spätestens zum 01.04.2023 müsse das Heilbad wieder öffnen. Der ausgearbeitete Maßnahmenkatalog sei richtig. Wenn man bei den Maßnahmen sehe, dass etwas nicht funktioniere, müsse man es zurückdrehen und etwas anderes suchen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stellt fest, die Einsparung von 20 % sei keine gesetzliche Vorgabe, sondern ein Ziel, das man verfolgen wolle. Eine Gasmangellage solle vermieden werden. Klar sei, dass russische Gas nicht mehr geliefert werde. Daher sei die Entscheidung des Aufsichtsrats der Stadtwerke die richtige gewesen. Mit der Schließung des Heilbads werde eine große Verbrauchseinrichtung abgeschaltet und somit eine große Einsparung erzielt. Die Krise werde nicht erneut auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen. Andere Städte hätten gar nicht die Möglichkeit zu entscheiden, welches Bad sie schließen. Auch er gehe von einer Wiedereröffnung des Bades aus. Die Zwischenzeit können genutzt werden, um Sanierungen durchzuführen, oder z.B. in Form einer Solarthermieanlage zu investieren, um auch künftig Energie einzusparen. Mit dem Antrag, den die FDP-Fraktion stellen werde, das Heilbad Hoheneck 4 statt 6 Monate zu schließen, komme man nicht weiter. Die Entscheidung des Aufsichtsrats liege vor und es gäbe keinen neuen Erkenntnisse, die eine Änderung dieses Beschlusses rechtfertigen würde.

Stadtrat **Eisele** hält die Schließung des Heilbads für ein Desaster für alle älteren und kranken Ludwigsburger. Als praktizierender Physiotherapeut sehe er das Bad als eine Gesundheitseinrichtung, die weder durch Kurse in anderen Bädern noch sonst etwas ersetzt werden kann. Er wolle die Nöte der Stadt nicht gegen die gesundheitlichen Belange der Bürgerinnen und Bürger ausspielen. Daher stelle er den Antrag, das Bad höchstens für vier statt sechs Monate, damit von November bis Februar, zu schließen. Die Schließung des Heilbads möglichst kurz zu halten sei nötig, weil nur im warmen Solebad entsprechende Therapien möglich seien. Statt im Heilbad könne die Stadt Gas beim Heizen in den Schulen einsparen. Und zwar wenn die Klassenzimmer anstatt auf 21 nur noch auf 19 Grad geheizt werden. Das genüge, da man bei

andauerndem Lüften ohnehin meist deutlich darunter liege. Dies werde auch vom Ludwigsburger Jugendgemeinderat gefordert.

Es gehe um das Einsparen von Gas, führt Stadtrat **Müller** aus. Er stelle sich die Frage, wo ansonsten 20 % Gas eingespart werden sollen, wenn man das Heilbad nicht schließe. Das Bad sei der Hauptabnehmer von Gas und benötige, wie er ausgerechnet habe, „ca. 20 % Gases des Konzerns Stadt“. Daher müsse man auch nach der Schließzeit überlegen, wie im Heilbad auf Dauer der Gasverbrauch reduziert werden könne.

Das Heilbad Hoheneck habe ein Alleinstellungsmerkmal und sei Dank seiner 34° Grad warmen Sole wichtig für ältere und kranke Bürgerinnen und Bürger, führt Stadträtin **Kainz** aus. Die Aussage der Stadtverwaltung, eine Kompensation des Heilbadprogramms in den anderen Bädern zu ermöglichen, sei dort aufgrund der fehlenden Sole nicht möglich. Sie sage Ja zu Einsparungen - aber mit Augenmaß. Es fehle ihr an Transparenz, z.B. an einer Aufstellung des Gasverbrauchs aller Ludwigsburger Bäder. Das heiße Wasser, welches aus der Hohenecker Quelle komme, sei ein Vorteil des Bades. Eine Teilschließung, z.B. des Außenbereichs wäre zu vermitteln und könne ggf. mitgetragen werden. Neben der Schließung des Stadtbades und der Schließung des Seniorentreffs in der Villa Ulmer, treffe die Schließung des Heilbads nun erneut die Gruppe der Senioren.

Aus Sicht von Stadtrat **Juranek** solle das Bad nicht geschlossen werden. Es gelte erst einmal abzuwarten, wie sich die Gassituation in Deutschland entwickle. Eine Schließung des Bades betreffe vor allem Alte und Kranke, die sich außerhalb des warmen Wassers oft schwer bewegen könnten. Man treffe eine Bevölkerungsgruppe, die scheinbar keine Lobby habe. Die Lasten müssten auf alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen verteilt werden. Die Argumentation der Stadtwerke leuchte ihm nicht ein. Die Kommunen sollen freiwillig zwischen 15 und 20 Prozent weniger Gas verbrauchen. In Ludwigsburg führten die Überlegungen schnell zu der Idee, das Heilbad zu schließen, da es einer der größten Gasverbraucher in der Stadt sei. Allerdings würden auch andere Städte das vorgegebene Ziel erreichen, und zwar ohne ein Bad zu schließen. Man müsse sich fragen, wie dies anderen Städte machen. Das Argument, dass in Ludwigsburg das Heilbad geschlossen werden müsse, um das Einsparziel zu erreichen, sei an den Haaren herbeigezogen. Er frage, was dann die Kommunen machen würden, die keine Bäder haben. Er schlage vor, die Schließung des Bades an eine Gasmangellage zu koppeln, die Schließung auszusetzen und erst einmal die Entwicklungen abzuwarten.

Die Gasmangellage könne man auch als Chance begreifen, um zu sehen, was im Hinblick auf den Klimawandel alles an Einsparungen möglich ist, führt Stadtrat **Bauer** aus.

Stadtrat **Link** könne sich den Ausführungen der Stadträte Juranek und Eisele anschließen. Schon während der Coronakrise seien Begegnungsstätten für Senioren und das Heilbad geschlossen worden. Er bitte darum, das Heilbad nicht zu schließen, sondern ggf. erst, wenn das Gas knapp werde. Die Stadtwerke sollen anderweitige Einsparmöglichkeiten suchen. Die von den Stadtwerken vorgelegten Zahlen und Berechnungen zweifelt er an. Wie von Stadträtin Kainz vorgeschlagen könnten evtl. auch nur die Außenbereiche der städtischen Bäder geschlossen werden.

Stadtrat **Juranek** stellt folgenden Antrag: Die Schließung des Heilbads Hoheneck wird ausgesetzt. Es wird neu beraten, wenn es Änderungen in der Gasmangellage gibt.

OBM Dr. **Knecht** teilt mit, es handle sich um den weitestgehenden Antrag, daher lasse er nach der

Aussprache zunächst über diesen Antrag abstimmen. Anschließend werde über den Antrag von Stadtrat Eisele abgestimmt, bevor über den Beschlussvorschlag des Wirtschaftsausschusses entschieden werde. Weiter führt er aus, um das 20-Prozent-Ziel zu erreichen, brauche man eine größere Maßnahme. Leicht sei die Entscheidung keinem gefallen, das Heilbad vorübergehend zu schließen.

Der **Geschäftsführer** der SWLB bestätigt, dass der Beschluss das Bad zu schließen niemand leichtgefallen sei. Ohne eine 20 % Einsparung werden die Gasspeicher voraussichtlich nicht reichen und man werde auf eine Gasnotlage zusteuern. In Bezug auf die von Stadtrat Eisele vorgeschlagenen Reduzierung der Raumtemperaturen in den Schulen bestätigt er, dass man so zwar weitere Kilowattstunden einsparen könne, aber das reinzuholen, was man mit dem Weiterbetrieb des Heilbads verbrauchen würde, das schaffe man damit nicht.

EBMin **Schmetz** ergänzt, das Land Baden-Württemberg habe die Mindesttemperaturen in den Klassenzimmern auf 20 Grad festgelegt. Darunter dürfe man nicht gehen.

Der Gasverbrauch des sanierungsbedürftigen Heilbads sei so hoch wie der Gasverbrauch des Stadionbads und des Campusbades zusammengenommen, so der **Geschäftsführer** der SWLB weiter. Dieser Fakt habe im Aufsichtsrat der Stadtwerke mit dazu beigetragen, sich für die Schließung des Heilbads zu entscheiden. Das Heilbad sei einer der größten Gasverbraucher in der Stadt, da es sich bei dem Solewasser aus der Quelle in Hoheneck nicht um heißes Thermalwasser handle, sondern das Quellwasser mit 10 Grad aus dem Untergrund komme und mit Gas auf 34 Grad erhitzt werde. In den verbleibenden offenen Bädern werde die Temperatur um mindestens ein Grad gesenkt. Weiter führt er aus, dass das Heilbad wieder geöffnet werden soll und das Heilbad betriebsbereit gehalten wird. Wenn es die Lage zulasse, sei er der Letzte, der sich gegen eine frühere Wiedereröffnung des Heilbads stelle.

OBM **Dr. Knecht** lässt zunächst über den Antrag von Stadtrat Juranek abstimmen. Die Schließung des Heilbads Hoheneck wird ausgesetzt. Es wird neu beraten, wenn es Änderungen in der Gasmangellage gibt:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den von Stadtrat **Eisele** vorgetragenen Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Das Heilbad Hoheneck wird nur von November 2022 bis Februar 2023, also 4 statt 6 Monate geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird ebenfalls mit 8 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt OBM Dr. Knecht zunächst über Satz 2 des Beschlussvorschlags, anschließend über Satz 1 des Beschlussvorschlags getrennt abstimmen.

Entwurfs- und Baubeschluss:

Die Technischen Dienste Ludwigsburg (TDL) müssen für den Winterdienst die Salzlogistik neu konzipieren. Damit kann der Winterdienst zukünftig in der Stadt Ludwigsburg entsprechend den veränderten Verkehrs-, Umwelt und Sicherheitsanforderungen durchgeführt und der nötige Abriss der baufälligen Salzhalle in der Gänsfußallee 21 umgesetzt werden. Die Kosten für die Neuanschaffungen im Zuge der Neukonzeption der Salzlogistik belaufen sich auf ca. 1.660.000 €. Die Kostenermittlung wurde auf Basis aktueller Marktsondierungen Anfang 2022 erstellt. Weitere Preiserhöhungen, die u. A. auf Grund der aktuellen weltpolitischen Umstände noch erfolgen können, sind nicht abschätzbar.

1. Die Technischen Dienste Ludwigsburg werden durch den Beschluss ermächtigt, die Ausschreibung für den Kauf von Anlagen für eine neue Salzlogistik durchzuführen, die den aktuellen Anforderungen des Winterdienstes entsprechen.
2. Die Fachbereichsleitung der TDL wird ermächtigt, die in der Zuständigkeit des Ausschusses liegenden Vergaben zu tätigen. Bei Kostenüberschreitungen von mehr als 10% wird das zuständige Gremium informiert.
3. Der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 410.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 22.09.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums

nicht gewünscht.

Stadtrat **Zeltwanger** führt aus: „Die Verwaltung hat im Mobilitäts- und Umweltausschuss im Juni und im September den Antrag für einen Ersatzbau der maroden Salzlagerhalle für die Technischen Dienste Ludwigsburg (TdL) eingebracht. In der Fraktion der Freien Wähler wurde dieser Antrag intensiv diskutiert mit folgendem Ergebnis:

1. Es ist in den aktuellen unsicheren Zeiten nicht angemessen, nur wenige Wochen vor den Haushaltsdiskussionen über einen Betrag von knapp 2 Mio. Euro für eine Lagerhalle zu entscheiden und damit ca. 5 % des verfügbaren Budgets für das gesamte nächste Jahr an baulichen Investitionen vorab auszugeben.
2. Eine Vorlage für die Gemeinderäte, die mit dem Schreckensbild arbeitet, dass bei 5 cm Schneebedeckung die Halle akut einsturzgefährdet ist und somit alternativlos unabdingbar sofort neu gebaut werden muss, erleichtert uns Gemeinderäten eine sachgerechte Entscheidung nicht. Auch weil wir es inhaltlich anders sehen.
3. Die von uns eingeforderte Alternativberechnung für eine nachhaltige Sanierung im Bestand wurde leider bisher nicht vorgelegt.
4. Wir haben verstanden, dass die Verwaltung - unabhängig von alternativen Lösungen des Dachproblems - einen Neubau mit modernen Großsilos anstrebt.

Bei der Formulierung des Antrages hätten wir uns deshalb neben den bescheideneren Alternativlösungen im Bestand ein betriebswirtschaftliches Gesamtkonzept für diese Teilaufgabe gewünscht, das auch die logistische Konsequenzen beleuchtet.

Wie viele und welche Fahrzeuge brauchen wir zukünftig für die Beschickung durch die Silos? Wird die Sole im Silo hergestellt oder braucht es dafür weitere Tanks? Welche Fahrzeugen (7,5t LKW-KFZ?) benötigen wir zukünftig?

Es ist erschreckend, im Laufe der Diskussion erfahren zu müssen, dass in unserem Bestand der TDL-Gebäude nicht allein die Dachkonstruktion kaputt ist, sondern dass auch die technischen Einrichtungen wie die Hebetchnik oder auch das weitere Dach der zweiten Salzlagerhalle in Neckarweihingen wohl in einem ähnlich desolaten Zustand ist, so dass nach Einschätzung von Fachleuten nur eine komplette Entsorgung in Frage kommt. Wir sehen in einer regelmäßigen Pflege und im behutsamen Umgang mit unseren Gebäuden und der technischen Ausstattung viel mehr Nachhaltigkeit als in einem Komplettabbruch von einem gerade einmal 50 Jahre alten Gebäuden. Wenn es uns nicht gelingt, auch im kostengünstigen Erhalt von Gebäuden eine lohnende Herausforderung zu sehen, werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht sinnvoll meistern. Es bleibt damit die Frage, ob nicht zunächst ein Silo gekauft werden soll und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Technik bewährt hat, nachgerüstet werden soll.“

Die Stadträte **Meyer** und **Liepins** weisen darauf hin, dass bereits zweimal ausführlich im Ausschuss diskutiert worden sei. Ein weitere Aussprache sei aus ihrer Sicht daher nicht mehr erforderlich und man könne zur Abstimmung kommen.

BM **Manni** geht kurz auf die Salzlogistik und Soletechnik ein und teilt mit, Einzelfragen könnten gerne im Nachgang bilateral erläutert werden.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 168/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der von der Verwaltung dargestellten Prioritätensetzung zum Zwecke der **Beantragung weiterer Städtebaufördermittel** für das Programmjahr 2023 wird wie folgt zugestimmt:

Priorität	Städterneuerungsprogramm	Geplanter Förderrahmen für den Antrag
1	Neuantrag (Wiederholungsantrag) „Investitionspakt Sportstätten (IVS)“ für die Mehrzweckhalle Oßweil	3,3 Mio. Euro
2	Aufstockungsantrag im Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP) „Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe“	0,9 Mio. Euro

2. Im Rahmen des Städterneuerungsverfahrens Grünbühl/ Sonnenberg/Karlshöhe wird die Verwaltung ermächtigt, zur Förderung der notwendigen Anlage und Gestaltung der drei von Ost nach West verlaufenden, öffentlich nutzbaren, „Grünen Angern“ im Neubaugebiet Grünbühl.living einen Ordnungsmaßnahmenvertrag mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH, Mathildenstraße 21, 71638 Ludwigsburg abzuschließen. Dafür dürfen Mittel aus dem Bund-Länder-Sanierungsprogramm Sozialer Zusammenhalt bis zu maximal 1,1 Mio. € eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O’Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 282/22. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Rückfrage von Stadtrat Handel erläutert ein **Mitarbeiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales die zwei Neuanträge.


Auf Rückfrage von Stadtrat **Müller**, ob sichergestellt sei, dass die Fördermittel langfristig zur Verfügung stehen, erläutert der **Mitarbeiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales, dass die Frist bis zum 30.04.2027 laufe und die Möglichkeit der Stellung eines Verlängerungsantrages gegeben sei.

Die Stadträte **Handel, Herrmann, Liepins** und **Eisele** zeigen sich erfreut über das Erfolgsmodell der Städtebauförderung und danken für das Engagement.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Herrmann** teilt der **Mitarbeiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales mit, dass ein schneller und verlässlischer Mittelabruf erfolgt sei und keine Haushaltsreste gebildet wurden.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 282/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

- | | |
|--|--|
| <p>I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.</p> <p>II. Die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 29 „Hintere Halden II“ wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 31.08.2022.</p> <p>III. Die Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorzulegen.</p> |  |
|--|--|

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

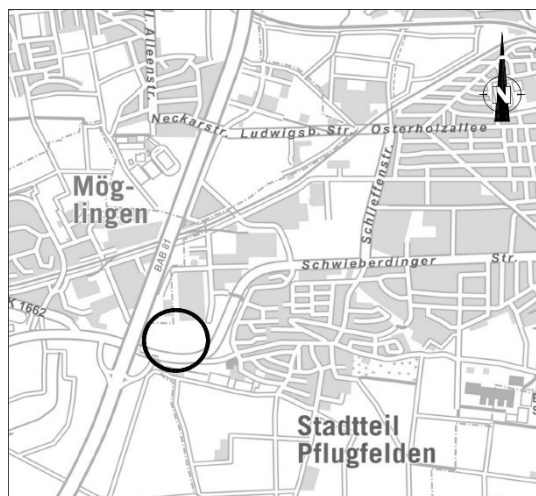
- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 21.09.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 297/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Dem Entwurf des Bebauungsplanes „Hintere Halden II“ Nr. 022_16_00 mit integrierter Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3.1 und 3.2), jeweils mit Datum vom 31.08.2022, Anlage 3.2 mit Datum vom 09.08.2022.
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung von Gewerbegebietsflächen im Anschluss an das bestehende Gewerbegebiet „Hintere Halden“.
- III. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Dengel
 - Stadtrat Dogan
 - Stadtrat Haag
 - Stadtrat Klotz

- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 21.09.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 277/22 Beschluss fassen.

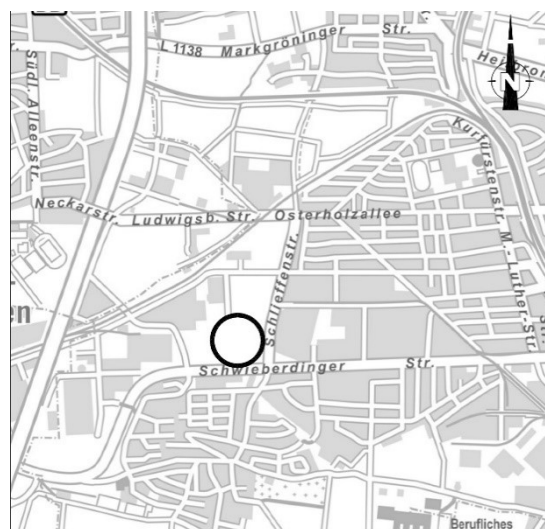
TOP 7

Flächennutzungsplanänderung Nr. 30 "Waldäcker III" - Feststellungsbeschluss

Vorl.Nr. 266/22

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 30 „Waldäcker III“ wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 29.07.2022.
- III. Die Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorzulegen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

- Nicht anwesend:
- Stadtrat Dengel
 - Stadtrat Dogan
 - Stadtrat Haag
 - Stadtrat Klotz
 - Stadtrat Maier
 - Stadträtin Molkenthin-Keßler
 - Stadtrat Dr. O'Sullivan

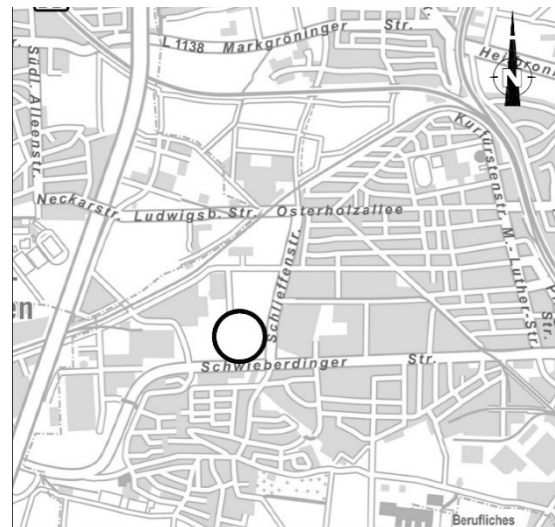
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 21.09.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 266/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan „Gewerbepark Waldäcker III“ Nr. 022/18 vom 28.07.2022 entsprechend der Anlagen 1 – 3 als Satzung beschlossen.
- III. Gemäß § 74 LBO wird die Satzung über örtliche Bauvorschriften „Gewerbepark Waldäcker III“ Nr. 022/18 entsprechend der Anlagen 1 – 3 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 21.09.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 247/22

Beschluss fassen.

Beschluss:

- 1.) Den Corona bedingten außerplanmäßigen Mehraufwand im Teilhaushalt 08 mit 72.957,63 EUR und im Teilhaushalt 37 mit 1.092.548,94 EUR wird zugestimmt, die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft (90).
- 2.) Der Jahresabschlussbericht 2021 (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Wirtschaftsausschuss am 20.09.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 268/22 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

1. LB-Card Inhaberinnen und Inhabern, die keine Transferleistungen empfangen, wird ab dem Kindergartenjahr 2023/24 schrittweise über die nächsten Jahre ein Nachlass auf die Kitagebühren gewährt, der bis zu 20 % auf die regulären Gebührensätze anwächst. Von diesem Nachlass können nur Eltern der Einrichtungen profitieren, bei denen der Gebühreneinzug durch die Stadt erfolgt.
2. Die Richtlinien der LB Card werden im Bereich Kitagebühren entsprechend angepasst:
 - Die Zugangsvoraussetzung „Zwei Kinder gleichzeitig in der Einrichtung“ wird gestrichen
 - Der gewährte Nachlass reduziert sich von 50 % auf 20 %.
3. Beim Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport werden für die Überprüfung der LB Card-Anträge zusätzliche 1,0 Stellenanteile in Entgeltgruppe 6 geschaffen.
4. Anpassungen bei der Kitagebührensatzung:
 - Die Familienstaffelung wird von 82% auf 75% Ermäßigung bei Familien mit vier oder mehr berücksichtigungsfähigen Kindern reduziert.
 - Im ersten Eingewöhnungsmonat wird bei den Kitagebühren nur die Hälfte der Verpflegungsgebühr erhoben.Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg wird gemäß Anlage 1 erlassen.
5. Bei den Elternbeiträgen in der Schulkindbetreuung werden, analog zu den Kitagebühren, die Beitragsätze ab dem Schuljahr 2023/24 jährlich gemäß der Steigerungsrate des Landesrichtsatzes fortgeschrieben.
6. *Aktuelle LB-Card Inhaberinnen und Inhaber die einen Nachlass von 50% erhalten, stehen unter Bestandschutz.*
7. *Spätestens nach 2 Jahren wird eine Evaluation über die Wirkung dieser Maßnahme dem Gremium vorgestellt.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Dengel
 - Stadtrat Dogan
 - Stadtrat Haag
 - Stadtrat Klotz

- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 15.09.2022 und die dort mehrheitliche gefasste abweichende Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 284/22 Beschluss fassen.

TOP 11

Einziehung von öffentlichen Verkehrsflächen auf dem Flurstück 233 in Neckarweihingen hier: Einziehungsabsicht für eine Teilfläche mit ca. 24 m² und eine Teilfläche mit ca. 43 m²

Vorl.Nr. 008/22

Beschluss:

1. 2 Teilflächen des Flurstücks 233 in Neckarweihingen (Vorplatz Feuerwehr) mit einer Fläche von ca. 24 m² (Streifen entlang des Grundstücks Flst. 233/1 siehe Lageplan rote Fläche) und die bestehenden 3 Parkplätze nord-westlich des Grundstücks Flst. 233/1 mit einer Fläche von ca. 43 m² (siehe Lageplan grüne Fläche) werden eingezogen.
2. Die Einziehungsabsicht ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Befangen: - Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadtrat **Remmele** für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz. Anschließend verweist OBM **Dr. Knecht** auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 22.09.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 008/22 Beschluss fassen.

Im Anschluss tritt Stadtrat Remmele wieder in die Sitzung ein und nimmt am Sitzungstisch Platz.

TOP 12	Einziehung von öffentlichen Verkehrsflächen Flst. 8345/3, Schelmental in der Marbacher Straße hier: Einziehungsabsicht des Feldwegs Flst. 8345/3, Schelmental, mit einer Fläche von 128 m²	Vorl.Nr. 255/22
---------------	--	------------------------

Beschluss:

1. Der Feldweg Flurstück 8345/3, Schelmental in Ludwigsburg mit einer Fläche von 128 m² wird eingezogen.
2. Die Einziehungsabsicht ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Haag
- Stadtrat Klotz
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadträtin Seyfang
- Stadtrat Sorg

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 22.09.2022

und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 255/22 Beschluss fassen.

TOP 13

Status Planung Weihnachtsmarkt 2022

Vorl.Nr. 305/22

Beratungsverlauf:

Anhand eines Plans (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet der **Leiter** des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg über die Planungen zum Weihnachtsmarkt 2022 und beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.